

NIEDERSCHRIFT

8. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

Sitzungstermin:	Dienstag, 31.05.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion

Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion

Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion

Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Herr Stv. Thomas Plikat - SPD-Fraktion

Vertretung für: Herrn Josef Nevelz

Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion

Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion

Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion

Herr Stv. Thomas Langer - GRÜNE-Fraktion

Vertretung für: Frau Heidrun Seng-
stake

Sachkundige Bürger mit Stimmrecht gem. § 58 (3) GO NRW:

Herr Marcel Hodenius - CDU

Herr Thomas Hermanns - GRÜNE

Sachkundige Einwohner ohne Stimmrecht gem. § 58 (4) GO NRW:

Herr Leo Bernard Lausberg - SPD

Herr Joachim Schümers - SPD

Herr Andre Bischoff - FDP

Herr René Schmidt - CDU

Vertretung für: Herrn Franz-Dieter
Lothmann

Herr Rainer Janssen - GRÜNE

Abwesend waren:

Herr Josef Nevelz - FDP	entschuldigt
Frau Heidrun Sengstake - GRÜNE	entschuldigt
Herr Hans-Peter Schoof - AfD	unentschuldigt
Herr Franz-Dieter Lothmann - CDU	entschuldigt
Herr Michael Donner - CDU	entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:**Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2022/0193/A12

2. Fragestunde für Einwohner/innen
Vorlage: 2022/0194/A12

3. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse
Vorlage: 2022/0203/A12

4. Stärkung des ÖPNV
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 07.12.2021
Vorlage: 2022/0207/A65

5. Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Blumenrath
Vorlage: 2022/0219/A60

6. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Straßen- bzw. Platzbenennung nach Herrn Heinz Schüller
Vorlage: 2022/0142/A60-1

7. Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
Vorlage: 2022/0217/A61

8. Bebauungsplan Nr. 365 - Am alten SC Sportplatz -
a) Aktualisierung des Empfehlungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 365 - Am alten SC Sportplatz - vom 07.09.2021
b) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 365 -
c) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 365 - Am alten SC Sportplatz -
Vorlage: 2021/0337/A61-1

9. Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln
hier: Vorberatung der Stellungnahme der Stadt Alsdorf im Rahmen der Behördenbeteiligung
Vorlage: 2022/0218/A61
10. Stand der Baumaßnahmen
Vorlage: 2022/0214/A65
11. Anfragen und Mitteilungen
Verabschiedung der Technischen Beigeordneten Frau Lo Cicero-Marenberg durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herrn Stv. Plum
Vorlage: 2022/0192/A12

Nichtöffentlicher Teil:

1. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse
Vorlage: 2022/0094/A12
2. Geh- und Radwegebrücke Kranentalsmühle
hier: Auftragserteilung über die Erneuerungsarbeiten
Vorlage: 2022/0215/A65
3. Anfragen und Mitteilungen
Mitteilung der Verwaltung:
Errichtung zwei weiterer Velo-City-Stationen in Alsdorf
Vorlage: 2022/0191/A12

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung Vorlage: 2022/0193/A12

Protokoll:

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum (SPD-Fraktion), begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die Mitarbeiter/-innen der **Verwaltung**

Frau Lo Cicero-Marenberg	Technische Beigeordnete
Herrn Eifler	A 60
Herrn Dziatzko	A 61
Herrn Preusse	A 61
Frau Molitor	A 61
Herrn Felkel	A 65
Herrn Toporowski	A 65
Frau Geßner-Frohn	A 12 – Schriftführung

und den **Gast:**

Herrn Büttner-Zedlitz ASEAG zu TOP 4 ÖT

Im Anschluss daran verliest er die Anwesenheitsliste. Nunmehr stellt **der Vorsitzende, Herr Stv. Plum** fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung fest.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herr Stv. Plum, weist ferner darauf hin, dass alle Rats- und (stellvertretenden) Ausschussmitglieder, die lediglich als Gäste an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, grundsätzlich im Zuschauerbereich Platz nehmen müssen.

Dann gibt der **Vorsitzende, Herr Stv. Plum**, Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Nachgereichte Erläuterungen:

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

TOP 4: Stärkung des ÖPNV
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 07.12.2021

TOP 6: Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Straßen- bzw. Platzbenennung nach Herrn Heinz Schüller

TOP 7: Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 355 – Am alten Hertha Sportplatz -

TOP 9: Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln
hier: Vorberatung der Stellungnahme der Stadt Alsdorf im Rahmen der Behördenbeteiligung

=====

Herr Janssen, GRÜNE, beantragt

TOP 9: Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln
hier: Vorberatung der Stellungnahme der Stadt Alsdorf im Rahmen der Behördenbeteiligung

von der Tagesordnung abzusetzen, da dieser kurzfristig zugestellt worden und aufgrund dessen eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt schwierig sei. Er schlägt vor evtl. eine Sondersitzung einzuberufen, die sich nur mit dieser Thematik beschäftige.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, spricht sich dafür aus, diesen Punkt auf der Tagesordnung zu belassen und heute zu beraten. Die Verwaltung erhoffe sich aus der heutigen Diskussion gegebenenfalls nochmals politischen „Input“ zu dieser Thematik zu bekommen. Das Thema sollte aus Verwaltungssicht ausführlich von Herrn Dziatzko, A 61, im Ausschuss erläutert werden. Außerdem begleite diese Angelegenheit die Stadt Alsdorf schon seit längerer Zeit und die Politik sei bei den Änderungen, die den Regionalplan betreffen, wiederholt informiert worden. Durch die heutige Behandlung des Punktes könne man bei Bedarf noch neue Aspekte berücksichtigen und diese dann in die Vorlage, die separat im nächsten Rat der Stadt zur Tagesordnung gestellt werden soll, mit einarbeiten.

Die Nachbarkommunen beschäftigen sich momentan ebenfalls mit dieser Thematik - zunächst in den Fachausschüssen und danach in den Ratsgremien -.

Herr Stv. Brandt erklärt für die **CDU-Fraktion**, dass diese den Antrag der GRÜNEN-Fraktion auf Vertagung des Punktes unterstütze, da der Verwaltung schon seit dem 25. Januar bekannt war, dass bis zum 31.08.2022 Stellungnahme bezogen werden solle. Diese Vorlage hätte insofern früher versandt werden können. Außerdem wolle man sich noch mit einigen Mitgliedern des Regionalrates austauschen.

Herr Stv. Loosz erklärt für die **SPD-Fraktion**, dass diese den Vortrag der Verwaltung anhören und den Punkt nicht von der Tagesordnung absetzen möchte.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum (SPD-Fraktion), weist darauf hin, dass er nicht nachvollziehen könne, warum man diesen wichtigen Punkt von der heutigen Tagesordnung absetzen wolle.

Daraufhin schlägt **Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion**, vor, TOP 9 nicht abzusetzen und den Beschluss folgendermaßen zu ändern:

„Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Präsentation zur Kenntnis“.

Herr Dziatzko, A 61, weist darauf hin, dass der Ausschuss diese Angelegenheit vorbereiten und die endgültige Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Alsdorf am 23.06.2022 erfolgen solle. Der Verwaltung sei es wichtig, heute ein politisches Mandat zu erhalten, mit dem man in Abstimmungsgespräche mit der Städteregion, Nachbarkommunen, IHK, etc. gehen könne. Wenn man heute den Punkt nur zur Kenntnis nehme, fehle der Verwaltung ein diesbezügliches politisches Mandat. Daher bittet er darum, den Entwurf heute zu beschließen.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum, schlägt vor, den TOP 9 zunächst zu behandeln und evtl. dann den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern.

Aufgrund der vorangegangenen Aussagen zieht **Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion**, den Antrag auf Absetzung des TOP 9 von der heutigen Tagesordnung zurück.

Im Anschluss hieran stellt **Herr Stv. Plum** die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird mit der vorgetragenen Änderung einstimmig angenommen.

Es werden keine Anfragen für den öffentlichen sowie nichtöffentlichen Teil der Sitzung angemeldet.

Nunmehr stellt **Herr Stv. Plum** die Frage, ob sich ein Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Das ist nicht der Fall.

zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen
Vorlage: 2022/0194/A12

Protokoll:

Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion, fragt in seiner Funktion als Einwohner der Stadt Alsdorf nach, ob der Verwaltung die brisante Lage in Höhe der Ausfahrt „Kunden-Parkplatz Kellersberger Mühle -Broicher Straße-“ bekannt sei. Vom Parkplatz aus könne man die Fahrbahn und den fließenden Verkehr nicht gut einsehen. Er schlägt vor, dort einen Spiegel anzubringen, um die Unfallgefahr an dieser Stelle zu verringern und bittet um Prüfung der Angelegenheit.

Herr Felkel, A 65, erklärt, dass die Angelegenheit geprüft werde.

zu 3 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse
Vorlage: 2022/0203/A12

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung nicht ausgeführter Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 4 Stärkung des ÖPNV
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 07.12.2021
Vorlage: 2022/0207/A65

Protokoll:

Herr Büttner-Zedlitz, ASEAG, erläutert die geplanten Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV's. Zu Punkt 3 weist er darauf hin, dass man zunächst abwarten wolle, welche Firmen sich dort neu ansiedeln, wie die Arbeitszeiten dort seien und wo die Mitarbeiter/innen wohnen, um eine bedarfsgemäße Anbindung anbieten zu können. Diese Erhebung solle in den nächsten Monaten erfolgen, so dass heute zu dieser Thematik noch kein Vorschlag seitens der ASEAG erfolgen könne.

Herr Stv. Brandt erklärt für die **CDU-Fraktion**

- zu 1) dass diese die Fahrplananpassungen auf der Linie 51 begrüße.
 - zu 2) dass diese zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks Ofdenden Unterpunkt c) unterstützen möchte, bittet jedoch darum, hier den Bedarf noch zu ermitteln.
 - zu 3) dass diese der Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen dem Businesspark Alsdorf-Hoengen (BPA) und der Innenstadt unterstütze.
- Jedoch sollen zu Punkt 2 und 3 noch weitere Recherchen betrieben werden.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, ergänzt, dass der Antrag zum städtischen Mobilitätskonzept seitens des A 61 gestellt sei. Dies werde noch einige andere Aspekte umfassen, da der ÖPNV einer Gesamtuntersuchung unterzogen werden sollte. Sie weist darauf hin, dass der Verfahrensablauf förderantragsabhängig sei. Zum voraussichtlichen Zeitplan des Förderantrages werde Herr Dziatzko noch nähere Infos geben. So könne man das große Ganze betrachten, wie z.B. die Frage der Stärkung der „Achse Linie 51“ oder Variantenuntersuchungen in Verbindung mit der „Perspektive Regiotram“. Hinsichtlich weiterer Verbindungen schlägt sie daher vor, dass man diese in das andere Maßnahmenpaket des Mobilitätskonzeptes mit einfließen lassen könne. Der BusinessPark bzw. die Firmen seien in der Vergangenheit bereits zur Bedarfsabfrage kontaktiert worden. Dies müsse mit den neuen Firmen, die sich dort angesiedelt haben nun fortgeschrieben werden.

Herr Hermanns erklärt für die **GRÜNE-Fraktion**

- zu 1) dass diese die Fahrplananpassungen der Linie 51 ebenfalls begrüße.
- zu 2) dass diese zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks Ofdenden Unterpunkt c) und b) kombinieren (welche Kostenauswirkungen dies habe) und b) schnellstmöglich umsetzen möchten).
- zu 3) dass diese ebenfalls die Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen dem Businesspark Alsdorf-Hoengen (BPA) und der Innenstadt unterstütze.

Bei Betrachtung der Fahrlinie AL3 sei es wünschenswert, dass sonntags der erste Bus schon gegen 11 Uhr statt 12 Uhr fährt und in der Woche vom Annapark aus Richtung Ofden/Kellersberg und zurück der letzte Bus nach 18.00 Uhr fahren würde.

Herr Stv. Schwedt erklärt für die **SPD-Fraktion**

- zu 1) dass diese die Fahrplananpassungen auf der Linie 51 begrüße.
- zu 2) dass diese zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks Ofdenden Unterpunkt c) unterstützen möchten. Jedoch solle man hier zunächst das Mobilitätskonzept und dessen Entwicklung abwarten.

zu 3) dass diese die Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen dem Businesspark Alsdorf- Hoengen (BPA) und der Innenstadt unterstütze.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, bittet um kurze Erläuterung des Zeitplanes für das Mobilitätskonzept.

Herr Dziatzko, A 61, führt aus, dass die Verwaltung in der 21. KW einen Förderantrag zur Erstellung des Mobilitätskonzeptes gestellt habe. Die Förderbedingungen sehen vor, dass es integrative Fördermittel geben werde, d.h. alle Mobilitätsteilnehmer – auch der ÖPNV - seien zu untersuchen. Die Verwaltung rechne damit, dass nach den Sommerferien der Zuwendungsbescheid komme, so dass die Verwaltung für den November- bzw. Januar-Ausschuss die Auftragsvergabe vorbereiten könne. Das alles sei jedoch abhängig von der Genehmigung dieses Konzeptes und wann der Zuwendungsbescheid bei der Verwaltung eingehe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Erläuterungen der Verwaltung und der ASEAG zur Kenntnis und fasst zu den drei Punkten des Fraktionsantrags jeweils folgenden Beschluss:

zu 1) Fahrplananpassungen auf der Linie 51

Einer Ausweitung des 15-Minuten-Taktes zwischen Alsdorf und Baesweiler ab Juni 2023 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die resultierende Mehrbelastung durch die städteregionale Verbandsumlage in Höhe von ca. 11.000 €/Jahr ab dem Haushaltsjahr 2023 zu berücksichtigen.

zu 2) Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks Ofdern

Die Verwaltung wird beauftragt die Möglichkeit und die finanziellen Auswirkungen von einigen wenigen zusätzlichen Fahrten auf der AL 3 auszuloten. Ein entsprechender Vorschlag ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung in einer der nächsten Sitzungen zu unterbreiten.

zu 3) Verbesserung der ÖPNV-Verbindung zwischen dem Businesspark Alsdorf-Hoengen (BPA) und der Innenstadt

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung anhand einer neuen Betriebsbefragung und Bedarfsanalyse in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag für ein modifiziertes Fahrplankonzept für den BPA zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1) einstimmig

Zu 2) einstimmig

Zu 3) einstimmig

zu 5 Widmung von Straßen im Stadtgebiet; hier: Blumenrath
Vorlage: 2022/0219/A60

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt gemäß § 6 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) folgende Gemeindestraßen als Anliegerstraßen dem öffentlichen Verkehr zu widmen:

Adolf-Kolping-Straße – Anliegerstraße
Ahornstraße – Anliegerstraße
Albert-Schweitzer-Straße – Anliegerstraße
Am Neuen Markt – HAUPTerschließungsstraße
Am Rodelberg – Anliegerstraße
Beethovenstraße – Anliegerstraße
Blumenrather Straße – Hauptverkehrsstraße
Eichendorffstraße – Anliegerstraße
Endstraße – Anliegerstraße
Holbeinstraße – Anliegerstraße
Holunderstraße – Anliegerstraße
Imigstraße – Anliegerstraße
Industriestraße – Anliegerstraße
Lortzingstraße – Anliegerstraße
Max-Reger-Straße – Anliegerstraße
Pestalozzistraße – HAUPTerschließungsstraße
Poststraße – HAUPTerschließungsstraße
Rembrandtstraße – Anliegerstraße
Rethelstraße – Anliegerstraße
Straßburger Straße – Anliegerstraße
Südstraße – Anliegerstraße
Talstraße – Anliegerstraße
Weidenhof – Anliegerstraße
Weststraße – Anliegerstraße
Zur alten Gießerei – Anliegerstraße

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 6 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Straßen- bzw. Platzbenennung nach Herrn Heinz Schüller
Vorlage: 2022/0142/A60-1**

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt den Kirmes-/Schützen-/Bolzplatz auf dem Schulgelände der KGS Hoengen an der Falterstraße nach Herrn Heinz Schüller zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

-
- zu 7 **Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -**
a) Beschluss über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 355 - Am alten Hertha Sportplatz -
Vorlage: 2022/0217/A61
-

Protokoll:

Herr Janssen, GRÜNE, wiederholt die bereits das letzte Mal vorgetragenen Bedenken gegen den räumlichen Geltungsbereich und fragt in diesem Zusammenhang nach, wer die Kosten für die Sanierung des südlichen Teilbereiches (Sportplatz), der Bodenbelastungen aufweist, übernehme und mit welchen Maßnahmen man rechnen müsse.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, führt aus, dass dieses Projekt durch die Bauland GmbH entwickelt werde, so ähnlich, wie bei der Entwicklung von anderen Sportplätzen in der Vergangenheit. Auch bei der Entwicklung des Geländes „Rot-Weiß-Sportplatz“ seien Sanierungsverfahren erforderlich gewesen. Solche Probleme der Bodenbelastung seien bei der Entwicklung von Sportplätzen nicht ungewöhnlich. Es werde gutachterlich festgehalten, welche bodenaufbereitenden Maßnahmen erforderlich seien und die entsprechende Umsetzung obliege demzufolge dem jeweiligen Planentwickler, hier Bauland GmbH.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Alsdorf:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt:

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (**Anlage 11**), zum Bebauungsplan Nr. 355 – Am alten Hertha Sportplatz – die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe (**Anlage 12, rechte Spalte**).
- b) den Bebauungsplanentwurf Nr. 355 – Am alten Hertha Sportplatz als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen)

-
- zu 8 **Bebauungsplan Nr. 365 - Am alten SC Sportplatz -**
a) Aktualisierung des Empfehlungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 365 - Am alten SC Sportplatz - vom 07.09.2021
b) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. 365 -
c) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 365 - Am alten SC Sportplatz -
Vorlage: 2021/0337/A61-1
-

Protokoll:

Herr Stv. Held, SPD-Fraktion, gibt zur Kenntnis, dass man sich unter der Bezeichnung „SC-Sportplatz“ nichts vorstellen könne. Um dieses Gebiet verständlicher zu benennen, wäre es sinnvoller dieses in „KSC – Kellersberger Sport Club“ umzubenennen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung:

- a) beschließt den Empfehlungsbeschluss für den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 365 – Am alten SC Sportplatz vom 07.09.2021 zu aktualisieren.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss auf Grundlage des aktualisierten Bebauungsplanes für den Rat der Stadt Alsdorf:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt:

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der informellen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (VL2021/0136/A61) und aus der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 365 – Am alten SC Sportplatz – die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe (**Anlage 14**).
- b) den Bebauungsplan Nr. 365 – Am alten SC Sportplatz – als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 9 Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln
hier: Vorberatung der Stellungnahme der Stadt Alsdorf im Rahmen der
Behördenbeteiligung
Vorlage: 2022/0218/A61**

Protokoll:

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, erklärt, dass man sich gerne mit einigen Mitgliedern des Regionalrates über die Entwicklung, das Zustandekommen und die bereits artikulierten Bedenken unterhalten hätte, wie z.B. das geplante überregionale Gewerbegebiet Alsdorf - Aldenhoven. Die CDU-Fraktion würde gerne die Formulierung im Beschlussvorschlag dahingehend ändern, dass das Verfahren momentan vorläufig sei und man sich vorbehalte, innerhalb der Frist (31.08.2022) auch noch weitere Anregungen nachzuliefern. Dazwischen finde dann noch die Ratssitzung am 23.06.2022 statt. Da die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung erst im September terminiert sei, solle man hinsichtlich der Fristen überlegen, im August eventuell noch eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung einzuberufen. Dies könne man aber in der Ratssitzung am 23.06.2022 noch beschliessen.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, weist darauf hin, dass verschiedene von politischen Gremien beschlossenen Konzepte sich aus Sicht der Verwaltung, beispielsweise das städteregionale Gewerbeflächenkonzept zum Future Mobility Park etc. im hiesigen Plan nicht wiederfinden. Die Verwaltung habe den überarbeiteten Plan nur als PDF-Datei und nicht als Vectordatei erhalten. Deshalb habe man im A 61 die Flächennutzungspläne händisch über den zugesandten Plan

gelegt, um die Flächen und Hektarangaben abzugleichen. Dabei sei man immer wieder auf Unstimmigkeiten gestoßen, die in der Vergangenheit bereits der Bezirksregierung mitgeteilt wurden. Sie bittet darum, sich angesichts der Komplexität des Themas der Vortrag der Verwaltung zunächst anzuhören. Die Planung regenerativer Energien sei angesichts der Freiraumausweisungen flächendeckender Grünzüge ebenfalls mit konkurrierenden Ansprüchen schwieriger. Abschließend bittet sie die Politiker darum, die jeweiligen Vertreter des Regionalrates für die Belange der Stadt Alsdorf zu sensibilisieren.

Herr Dziatzko, A 61, führt aus, dass sich die Stellungnahme in 3 große Themenkomplexe gliedere. Das seien im Einzelnen

- der allgemeine Siedlungsbereich SB; Wohnnutzungen und die dazugehörige Infrastruktur – Kita's, Schulen, Pflegeheime, Einzelhandel,
- der Gewerbe- und Industriebereich GIB; das produzierende Gewerbe, Logistik, etc.,
- der Freiraum; d.h. alles das, was für eine Siedlungsentwicklung nicht zur Verfügung steht.

Zu Flächen 1-6 führt er aus, dass diese als allgemeiner Siedlungsbereich angepasst werden sollen, da dort bestehende Siedlungsflächen, obwohl dort rechtskräftige Bebauungspläne existieren, durch die Bezirksregierung als Freiraum überplant worden seien, wie zum Beispiel in Hoengen oder Busch. Dies sei nicht plausibel.

Die Fläche 7 des allgemeinen Siedlungsbereiches stelle eine Siedlungsbereichsreservefläche dar, die die Stadt Alsdorf so nicht mittragen wolle. Sie entspreche nicht den Entwicklungsabsichten, da sie im Grünkreuz der Stadt Alsdorf liege. Somit solle die Fläche 7 in den Freiraum zurückgeführt werden.

Bei der Fläche 8 nördlich der Feldstraße und Warden handele es sich um einen geschützten Landschaftsbestandteil und dieser solle nicht gemäß den Entwicklungsabschnitten siedlungsstrukturell entwickelt werden. Das Gebiet in Warden sei durch die Bezirksregierung als Überschwemmungsgebiet für den Merzbach festgesetzt worden und ebenfalls als Reservefläche vorgesehen. Die Verwaltung zielt darauf ab, die Reservefläche zurückzunehmen, da es keinen Sinn mache, im Überschwemmungsgebiet eine solche Reservefläche auszuweisen. Für diese Rücknahmen solle aus Verwaltungssicht neue Reserveflächen vorgesehen werden. Eine der vorgeschlagenen Reserveflächen soll die Fläche Nr. 10 werden.

Nördlich von Schaufenberg soll noch eine weitere ASB-Reservefläche vorgesehen werden. Die ausgewiesene Fläche 11 sei eher schwierig, da sie sehr nahe an die bestehende Wohnbebauung mit Gewerbe heranrücke. Die Verwaltung schlägt daher vor, diese Flächen nochmals neu zu sortieren. In Neuweiler soll ein sogenannter „ASB-Flex“ vorgesehen werden. Der ASB-Flex ist ein „neues Instrument“ der Bezirksregierung, der den Kommunen ein gewisses Maß an Flexibilität bei der Siedlungsentwicklung im Sinne von Ersatzstandorten ermöglichen soll. Die Bezirksregierung habe jedoch eine ASB-Fläche in Ofden ausgewiesen, obwohl in der Vergangenheit politisch auf Wunsch der Ofdener Bevölkerung beschlossen wurde, dass hier keine Bebauung stattfinden soll. Dies wird gegenüber der Bezirksregierung erneut mitgeteilt.

Herr Janssen, GRÜNE, fragt nach, was man unter „ASP-Diskrepanz“ verstehe.

Herr Dziatzko, A 61, führt aus, dass die Bezirksregierung dort über die rechtskräftigen Bebauungspläne einen Freiraum gelegt habe, der eigentlich ASB-Bereich sein müsste, da an dieser Stelle schon Siedlungsentwicklung erfolgt bzw. rechtssicher geplant sei.

Herr Janssen, GRÜNE, äußert sein Unverständnis über diese Vorgehensweise der Bezirksregierung.

Herr Dziatzko, A 61, merkt an, dass er sich diese Vorgehensweise nicht erklären könne, da die Flächennutzungsplan-Änderungen durch die Bezirksregierung genehmigt werden müssten.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, warnt vor solchen Unschärfen, wenn die Grenzen der Siedlungsflächen nicht ins Planwerk übernommen worden seien, obwohl die jeweilige Flächennutzungsplan-Änderung durch die Bezirksregierung genehmigt sei. In einem Zeitalter der Digitalisierung von Geodaten, etc. könne man erwarten, dass die Planebenen zusammenpassen. Sobald eine Änderung des Bebauungsplanes anstehe, müsse man prüfen, ob der Plan den Zielen der Regionalplanung entspreche und wenn dann ein Grünzug statt einer Siedlungsbebauung ausgewiesen sei, schwäche dies aus kommunaler Sicht die Abwicklung der Bauleitplanung. Die bringe ggfls. rechtliche Unsicherheiten in anstehende Bauverfahren, die dann kein hausgemachtes, sondern ein durch die Regionalplanung verursachtes Problem seien.

Herr Dziatzko, A 61, führt zum Gewerbe- und Industriebereich aus, dass bis 2043 36 Hektar Gewerbe- und Industriebereichsflächen laut Berechnungsmodell der Bezirksregierung benötigt werden. Gemäß Siedlungsflächen-Monitoring weist die Stadt Alsdorf 42 ha Gewerbe- und Industriebereichsflächen aus und habe keinen Anspruch auf Ausweisung zusätzlicher Flächen. Das könne seitens der Stadt Alsdorf nicht akzeptiert werden. Die Bezirksregierung habe jedoch anerkannt, dass die ganze Region großen Bedarf an Gewerbeflächen habe, die regional verteilt werden müssen, da einzelne Kommunen ihre Bedarfe nicht gedeckt bekommen. Für diese Bedarfe habe die Bezirksregierung spezielle „GIB-Bereiche“ entwickelt. Diese seien interkommunal mit mindestens einer weiteren Kommune zu entwickeln. Die Stadt Alsdorf habe diesbezüglich explizite Anregungen und Vorschläge vorgesehen, um eine aus ihrer Sicht zielführende Gewerbeflächenentwicklung zu ermöglichen.

Die Verwaltung habe in den letzten 10 Jahren knapp 2 Hektar pro Jahr im Durchschnitt vermarktet. Hochgerechnet komme man dann auf 40 Hektar und nicht, wie von der Bezirksregierung genannt, 36 Hektar. Aus diesem Grunde sollen 27 Hektar nördlich von Schaufenberg als Flächen hinzugenommen werden, um dort einen Gewerbebegürtel zu ergänzen. Gleichzeitig könnte dadurch eine Tangente, zwischen Siersdorfer Straße und Am Rosenkränzchen geschaffen werden, die die Innenstadt, B57 und L240 entlaste.

Der nächste Punkt betreffe das interkommunale Gewerbegebiet mit der Gemeinde Aldenhoven und die Norderweiterung des Businessparks Hoengen. Hier werden 15 Hektar, die interkommunal als Reservefläche entwickelt werden, die die Stadt Alsdorf eigentlich alleine entwickeln darf, für eine interkommunale Entwicklung benötigt. Die Stadt Alsdorf möchte diese Fläche an anderer Stelle wieder zurückhaben. Der Future-Mobility-Park sei nicht berücksichtigt worden. Das müsse jedoch von der Gemeinde Aldenhoven geklärt werden, da dieser auf dem Hoheitsgebiet der Gemeinde Aldenhoven liege. Die Stadt Alsdorf habe hierzu lediglich eine Stellungnahme verfasst.

Zum Freiraum führt er aus, dass die Bezirksregierung über bestehende Ortsteile, die im Freiraum liegen, noch zusätzliche Festsetzungen zum Schutz der Landschaft und Erholung festgelegt habe. Die Verwaltung fordere eine Rücknahme der pauschalen Unterschutzsetzung des gesamten Freiraums und bittet diese auf das Grünkreuz zu beschränken. Die Bezirksregierung werde aufgefordert, die Flächen ganz normal, so wie es auch im Landesplanungsgesetz stehe, nur als Freiraum ohne Schutzgebietsfestsetzungen festzulegen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Stv. Plum (SPD-Fraktion), bedankt sich für den informativen Vortrag und fragt nach, ob die Verwaltung hierzu Erfolgsaussichten bei der Bezirksregierung sehe.

Herr Dziatzko, A 61, sieht dies aufgrund der jahrelangen Erfahrung teilweise skeptisch.

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass durch den Vortrag einiges klarer geworden wäre. Die Politik gebe der Verwaltung nun den Arbeitsauftrag, Einspruch gegen die Pläne der Bezirksregierung einzulegen, da sie nicht mit den Plänen der Stadt Alsdorf übereinstimmen.

Herr Dziatzko, A 61, verweist auf die noch ausstehenden Abstimmungen mit den anderen Kommunen und Behörden. Die Beschlussfassung über die finale Stellungnahme erfolge dann durch den Rat der Stadt Alsdorf.

Der Vorsitzende, Herr Stv. Plum, führt aus, dass er diese Arbeitsweise der Bezirksregierung schon seit Beginn seiner Ratstätigkeit beobachte. Die Stadt Alsdorf stelle sich flächenmäßig etwas ungünstiger dar, als umliegende Städte. Man habe hier viele Siedlungsbereiche aber wenig landwirtschaftliche Freiflächen, die man auch zur Entwicklung nutzen könnte. Die starke monostrukturierte Industrie der Vergangenheit sei zum Teil auch ein Nachteil. Er bittet den Ausschuss darum, heute der Verwaltung den gewünschten Beschluss mitzugeben, damit diese entsprechend handeln könne.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, betont ebenfalls, dass sie es begrüßen würde, die wesentlichen vorgetragenen Eckpunkte politisch mitzutragen. Auch die Städteregion warte im Moment auf die Beschlussfassung der einzelnen Kommunen, um dies seitens der Kreisplanung aufzugreifen, ebenso sei dies für die interkommunale Abstimmung wichtig.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, erklärt nach den erfolgten Ausführungen, dass man den Beschlussvorschlag unterstütze. Jedoch gehe seiner Meinung nach nicht klar hervor, dass man durch den Beschluss eine Handlungsvollmacht ausstelle, um mit der IHK und der Städteregion in Kontakt zu treten. Diesen Zusatz solle man zusätzlich noch in den Beschlussvorschlag einbringen.

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, weist darauf hin, dass nicht ersichtlich gewesen sei, dass man sich noch mit anderen Kommunen diesbezüglich auseinandersetzen müsse und dass man dies an anderer Stelle hätte konkretisieren können.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, weist darauf hin, dass die Abstimmungsgespräche ein Geschäft der laufenden Verwaltung seien, daher sei fraglich, inwieweit man diesen Aspekt, der nicht beschlusswürdig sei in die Formulierung aufnehmen könne bzw. müsse.

Herr Janssen, GRÜNE, regt an, den Beschlussvorschlag aufgrund des engagierten Vortrages zur Kenntnis zu nehmen und bittet die Verwaltung, die notwendigen Abstimmungsgespräche zu führen.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, bestätigt, dass die hier skizzierten Aspekte den Beschlusslagen entsprechen, die bisher durch den Ausschuss/Rat gefasst worden seien. Nach den noch ausstehenden Abstimmungen werde dann eine finale Stellungnahme dem Rat der Stadt Alsdorf zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Lausberg, SPD, fragt nach, ob der Prozess fortgeführt werde, wenn die Bezirksregierung nicht auf die Stellungnahmen der einzelnen Institutionen eingehe.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, zeigt auf, dass der Regiobeirat für diesbezügliche Beschlussfassungen im Regionalplanverfahren zuständig sei.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, erkundigt sich, ob man den Rechtsweg gehen könne, da die Beschlüsse an vielen Stellen nicht umgesetzt worden seien.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, zeigt sich zurückhaltend, dass man dies gegebenenfalls in Einzelfällen machen könne. Ihr persönlich sei ein solcher Fall, in dem eine Kommune pauschal gegen einen Regionalplan der höheren Behörden vorgegangen sei, nicht so geläufig und dies sei eine ungünstige Konstellation.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung befürwortet die skizzierten Aspekte der Stadt Alsdorf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln und beauftragt die Verwaltung, die diesbezügliche Stellungnahme zum Regionalplanentwurf nach den noch ausstehenden Abstimmungen für die Beschlussfassung im Rat zu finalisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 Stand der Baumaßnahmen
Vorlage: 2022/0214/A65

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Zwischenbericht über den Stand der Baumaßnahmen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 11 **Anfragen und Mitteilungen**
Verabschiedung der Technischen Beigeordneten Frau Lo Cicero-Marenberg durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herrn Stv. Plum
Vorlage: 2022/0192/A12

Protokoll:

Verabschiedung der Technischen Beigeordneten, Frau Lo Cicero-Marenberg

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Stv. Plum, bedankt sich im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung für die Arbeit der letzten Jahre und spricht sein persönliches Bedauern über ihren Weggang aus. Anschließend überreicht man der **Technischen Beigeordneten, Frau Lo Cicero-Marenberg**, einen Blumenstrauß und wünscht ihr für die weitere Zukunft viel Glück und Erfolg auf ihrem weiteren Weg.

Die Technische Beigeordnete, Frau Lo Cicero-Marenberg, bedankt sich herzlich bei den Mitgliedern des Ausschusses für die freundlichen Worte, die stets gute konstruktive Zusammenarbeit und verabschiedet sich von den Mitgliedern des Ausschusses. Auch der Verwaltung spricht sie einen besonderen Dank für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren aus.

Gez. Plum
Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung

gez. Geßner-Frohn
Schriftführerin